



Steinmeier

THOMAS GRABKA / DER SPIEGEL

Reparationen

Leere Drohungen

Die Bundesregierung weist neue Entschädigungsforderungen aus Polen strikt zurück.

Polen hat nach Ansicht von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wegen des Zweiten Weltkriegs keinen Anspruch auf Reparationen gegen Deutschland. Die Frage sei „rechtlich und politisch abgeschlossen“, heißt es in einem Schreiben Steinmeiers an Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU). „Im Anschluss an den sowjetischen Reparationsverzicht verzichtete auch Polen am 24. August 1953 auf weitere Reparationen gegenüber ganz Deutschland.“ An der Wirksamkeit bestünden keine juristischen Zweifel, so Steinmeier. Er reagierte damit auf Drohungen des Chefs der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) Jarosław Kaczyński. Die PiS stellt derzeit die

Premierministerin. Polen habe noch eine gewaltige Rechnung mit Deutschland offen, hatte Kaczyński Ende 2015 erneut gesagt: „Diese Rechnung wurde in den 70 Jahren, die seit dem Krieg vergangen sind, niemals beglichen und ist im rechtlichen Sinne noch immer aktuell. Unser Verzicht auf die Reparationen wurde niemals von den Vereinten Nationen registriert.“ Darauf komme es aber auch nicht an, betont Bundesaußenminister Steinmeier in seinem Brief. Eine unterlassene Registrierung bedeute nicht, dass der Vertrag unwirksam wäre. Zudem sei der Verzicht auf Reparationen mehrmals von verschiedenen Vertretern Polens bestätigt worden. mp

Sportverbände

Unzulässige Beihilfe für DFB?

Die Reitsportler des Renn-Klubs in Frankfurt am Main haben bei der EU-Kommission offiziell Beschwerde gegen die Pläne zum Bau einer Akademie des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) eingelegt. Nach ihrer Ansicht hat die Stadt Frankfurt dem DFB

das Gelände der bisherigen Pferderennbahn in Frankfurt-Niederrad weit unter Marktwert überlassen. Dies sei wettbewerbsverzerrend und komme einer unzulässigen Beihilfe nach EU-Recht gleich. Der Fußball-Bund zahle nur etwa 46 Euro pro Quadratmeter, wohingegen angrenzende Grundstücke für zum Teil mehr als 800 Euro je Quadratmeter gehandelt wür-

den. Die Verantwortlichen in Frankfurt berufen sich darauf, den Wert nach üblichen Methoden ermittelt zu haben. Der Renn-Klub argumentiert, dass die Gesamtsumme von 6,8 Millionen Euro für das 15 Hektar große Gelände voraussichtlich nicht einmal die Kosten der Stadt decke, um beispielsweise bestehende Miet- und Pachtverhältnisse abzulösen. Da das Gelän-

de ohne öffentliches Gebotsverfahren an den DFB vergeben worden sei, hätten andere Sportverbände oder Vereine keine Chance gehabt, an das Grundstück zu kommen. Der DFB will dort bis Ende 2018 ein Schulungszentrum mit Fußballplätzen, Sporthalle und Büros errichten. Pferderennen sollen künftig in Frankfurt nicht mehr möglich sein. mab